

Sportausschuß

**Protokoll**

15. Sitzung (nicht öffentlich)

10. November 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 bis 14.30 Uhr

Vorsitzender: Abg. Rohe (SPD)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/1250

Vorlagen 10/586, 10/589, 10/614, 10/627, 10/630

Einzelplan 05 - Kultusminister

Beilage 5 - 9. Landessportplan

- A. Etatpositionen aus den Geschäftsbereichen anderer Ministerien:

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>aus Einzelplan</u>	<u>Stichwort</u>
II.9	07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Behindertensport
II.10	10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	Reitsport
III.7	dto.	Reitsportanlagen
III. 8	dto.	Pferdesport
III. 9	dto.	Reitwege

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>aus Einzelplan</u>	<u>Stichwort</u>
III.10	14 - Allgemeine Finanzverwaltung	Freizeit und Erholung (Sportstätten)
III.11	dto.	Schulbauprogramm (Sportstätten)
III.12	06 - Minister für Wissenschaft und Forschung	Hochschulen (Sportstätten)
IV.5	03 - Innenminister	Polizeisport (Sportlehrer)
I.7	06 - Minister für Wissenschaft und Forschung	Deutsche Sporthochschule Köln
III.13	dto.	Baumaßnahmen Deutsche Sporthochschule Köln

B. Etatpositionen aus dem Geschäftsbereich des Kultusministeriums  
- Einzelberatungen

Der Sportausschuß berät die einzelnen Positionen des 9. Landessportplans.

Der Sportausschuß bittet die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig, im Haushaltsplan 1987 zusätzlich eine Diplombibliothekarstelle für die Zentralbibliothek der Deutschen Sporthochschule auszuweisen.

2 Sicherheit von Sportstadien für Fußballspiele

Runderlaß des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

hier: Anfrage des Herrn Abg. van Schewick (CDU)  
nach den Kosten für notwendige Umbaumaßnahmen

Im Anschluß an die Beratungen in der 13. Sitzung des Sportausschusses kommt der Ausschuß noch einmal auf die den Kommunen durch den Erlaß entstehenden Kosten der notwendigen Umbaumaßnahmen zu sprechen, deren vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

angegebene Höhe von Abgeordneten der CDU-Fraktion bezweifelt wird. Der Ausschuß wiederholt seine Bitte an das Ministerium, über eventuelle Ausreißer sofort in Kenntnis gesetzt zu werden.

### 3 Terminplanung 1987

Siehe Seite 16 dieses Protokolls.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 27. November 1986, 9.00 Uhr (vor dem Plenum):  
Antragssitzung zum Haushaltsplan 1987

-----



Aus der Diskussion

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende den neuen Staatssekretär im Kultusministerium, Dr. Besch, und gibt namens des Ausschusses der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit Ausdruck. Staatssekretär Dr. Besch bedankt sich für die freundliche Begrüßung und sagt seinerseits zu, um gute Zusammenarbeit mit dem Sportausschuß bemüht zu sein.

Der Vorsitzende erinnert sodann daran, daß in Münster die Sportministerkonferenz getagt habe. Er gehe davon aus, daß dem Ausschuß darüber noch berichtet werde. Kultusminister Schwier, der in den vergangenen zwei Jahren Vorsitzender der Sportministerkonferenz gewesen sei, gebühre Dank dafür, daß er einige bedeutende Themen in der Sportministerkonferenz zur Sprache gebracht habe. Er hoffe, daß im Interesse des Sports auch weiterhin wichtige Impulse von dieser Konferenz ausgingen.

Was den Komplex "Sport und Umwelt" betreffe, so habe die Kommission - siehe hierzu auch Apr 10/300 Seite 2 TOP 3 -, für die aus dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung die Abgeordneten Kupski (SPD), Jäcker (CDU) und Ruppert (F.D.P.) benannt worden seien, bereits einmal getagt. Er bittet um rechtzeitigen Bescheid, sobald die Kommission mit der Formulierung eines gemeinsamen Antrages zu einem Ergebnis gekommen sei, damit das Thema dann wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.

Zu 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987  
(Haushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/1250

Vorlagen 10/586, 10/589, 10/614, 10/627, 10/630

Einzelplan 05 - Kultusminister

Beilage 5 - 9. Landessportplan

---

A. Etatpositionen aus den Geschäftsbereichen anderer Ministerien

Zu Beginn der Haushaltsplanberatungen bittet Abg. Herder (SPD) den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im nächsten Jahr auch den Ausländersport im Landessportplan aufzuführen.

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Zu den Etatpositionen, die den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Einzelplan 07 -, den Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - Einzelplan 10 -, die Allgemeine Finanzverwaltung - Einzelplan 14 - betreffen, ergeben sich darüber hinaus keine Wortmeldungen.

### Zu Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

Zu Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln - berichtet Dipl.-Soz. Itzel (Ministerium für Wissenschaft und Forschung), das Raumprogramm für den Neubau der Zentralbibliothek sei im Einvernehmen mit dem Finanzminister Anfang Oktober 1986 mit 3 000 qm genehmigt worden.

Mitte Oktober sei der Planungsauftrag erteilt worden. Die Planung werde 1987 weitergeführt und wahrscheinlich auch zum Abschluß gebracht. Es sei vorgesehen, die erste Baurate in den Haushaltsplan für das Jahr 1988 einzusetzen, so daß 1988 mit dem Bau begonnen werden könne.

Von Bedeutung sei, daß der Bibliotheksneubau zwischenzeitlich doch in den Rahmenplan aufgenommen und in die Kategorie I, die höchste Dringlichkeitsstufe, eingestuft worden sei, nachdem der Wissenschaftsrat zunächst nur vorgesehen gehabt habe, dieses Vorhaben mit einem Prüfvermerk zu versehen.

Abg. Kuckart (CDU) bittet um eine Stellungnahme zu Beschwerden darüber, daß die Sportstätten am Institut für Sportwissenschaft der Universität Düsseldorf aufgrund einer Verfügung des Rektors nicht in dem an sich möglichen Umfang genutzt werden könnten. Die Verfügung sei mit den Störungen begründet worden, die durch die anfahrenen Fahrzeuge verursacht würden.

Staatssekretär Dr. Besch (Kultusministerium) teilt mit, sein Vorgänger im Amt habe sich aufgrund der Ausschlußberatungen in dieser Angelegenheit an den Wissenschaftsminister gewandt, der den Rektor der Universität Düsseldorf gebeten habe, dem Petitum zu entsprechen. In der Antwort, die der Wissenschaftsminister dem Kultusminister zwischenzeitlich weitergeleitet habe, habe der Rektor geltend gemacht, daß das Ganze offenbar auf einem Irrtum beruhe: Es gebe keinerlei freie Kapazitäten.

Abg. Herder (SPD) hält die beim Staatssekretär angekommene Meldung für nicht zutreffend. Zumindest habe ihm gegenüber der AStA bestätigt, daß es Einschränkungen gebe, und der AStA habe auch

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Er, Herder, habe nach diesbezüglichen Berichten der "Rheinischen Post" im Mai dieses Jahres an den Rektor der Universität Düsseldorf geschrieben; die bisher ausgebliebene Antwort auf dieses Schreiben habe er in der vergangenen Woche angemahnt. Er bitte die Regierung, diesen Dingen noch einmal nachzugehen.

Dipl.-Soz. Itzel (MWF) gibt zu bedenken, daß es sich möglicherweise um zwei getrennte Vorgänge handle. Der von Abg. Kuckart angesprochene Vorgang sei dem Minister für Wissenschaft und Forschung sehr wohl bekannt. Es drehe sich im wesentlichen darum, daß eine extensive, auch in die Abendstunden hineinreichende Nutzung des Sportinstituts mit erheblichen Verkehrsbelästigungen für die Anwohner der Christophstraße verbunden sei. Dazu lägen einige Beschwerden vor.

Einvernehmen bestehe zwischen der Hochschule, allen Betroffenen - auch den Anwohnern - und dem Ministerium darüber, daß die Zustände so nicht haltbar seien und daß verkehrstechnische Maßnahmen ergriffen werden müßten, um das Übel an der Wurzel zu packen, so daß am Ende auch jegliche Beschränkungen der zeitlichen Nutzung des Sportinstituts wieder aufgehoben werden könnten.

Der Minister für Wissenschaft und Forschung verhandle derzeit sowohl mit der Stadt als auch mit dem Bauministerium und der Hochschule. Eine endgültige Lösung sei noch nicht gefunden. Möglicherweise biete es sich als Lösung an, den im Rahmen der Neugestaltung des Geländes an der Werstener Straße entstehenden Parkplatz für das Sportinstitut zu nutzen.

Abg. Kuckart (CDU) empfindet es als unbegreiflich, daß eine aus Steuermitteln finanzierte Sportstätte nur deswegen nicht genutzt werden dürfe, weil die Autos der Nutzer Geräusche verursachten oder falsch geparkt würden.

Abg. Herder (SPD) schließt sich dieser Kritik an und bezeichnet die Auskunft seitens des Ministers für Wissenschaft und Forschung als unzureichend. Es gebe viele Straßen in Nordrhein-Westfalen - wenn auch nicht, wie in diesem Fall, ausgerechnet in einer Villengegend -, auf denen mindestens genausoviel Autoverkehr stattfinde und dennoch keine Behörde auf die wahnwitzige Idee gekommen wäre, deswegen eine solche Sporthalle zu schließen.

Dipl.-Soz. Itzel (MWF) macht deutlich, daß er nur den bautechnischen Teil zu vertreten habe und sich nicht kompetent zu organisatorischen Fragen äußern könne.

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Es treffe auch nicht zu, wenn angenommen werde, daß nur eine einzige Person gegen die durch den Betrieb der Halle verursachten Belästigungen protestiert habe. Vielmehr beschwere sich nahezu die gesamte dortige Bevölkerung, und wie immer übernehme dann eine Person die Rolle des Wortführers. Auf einen entsprechenden Zwischenruf von Abg. Winkels (SPD) fügt er hinzu, in diesem Bereich wohne zwar auch ein Bediensteter der Hochschule, der sich jedoch nicht beschwert habe.

Nach einer Prüfung vor Ort sei das Ministerium mit der Hochschule zu der Auffassung gekommen, daß die Beschwerdeführer durchaus im Recht seien. Hinzu komme, daß Sicherheitsprobleme aufträten: Zum Beispiel werde die Feuerwehzufahrt vollständig zugesperrt.

Ziel des Ministeriums sei es, mit minimalen Mitteln Maßnahmen zu ergreifen, damit organisatorische Restriktionen in diesem Bereich aufgehoben werden könnten.

Der Vorsitzende bittet das Ministerium für Wissenschaft und Forschung für eine der nächsten Sitzungen um einen abschließenden Bericht über die getroffenen Maßnahmen; in den Bericht sollte eine Auskunft darüber einbezogen werden, wer die Halle nutze und ob auch Sportvereine und andere Einrichtungen zu den Nutzern gehörten.

Abg. Dorn (F.D.P.) weist darauf hin, daß die Frage, an welchen Hochschulen Sportinstitute erhalten bleiben sollten und wo sie nicht mehr benötigt würden, in absehbarer Zeit einer erneuten Überprüfung unterzogen werden müsse. In diesem Zusammenhang müsse man sich auch rechtzeitig Gedanken über die Weiterverwendung der bestehenden Sportstätten machen.

Der Vorsitzende bittet daraufhin den Minister für Wissenschaft und Forschung, auch über die Entwicklung der Studentenzahlen an den Hochschulen und allgemein über die Nutzung der Sportstätten an Hochschulen sowie die Frage, ob diese Sportstätten auch für Außenstehende geöffnet seien, zu berichten.

Gemäß der in der vorigen Sitzung getroffenen Absprache wendet sich der Sportausschuß sodann den Stellenplanwünschen der Deutschen Sporthochschule für die Zentralbibliothek zu. - Der Vorsitzende zitiert dazu die diesbezüglichen Passagen aus dem Schreiben der Deutschen Sporthochschule vom 1. Oktober 1986. (Dieses Schreiben und das Antwortschreiben des Ministers für Wissenschaft und Forschung vom 4. November 1986 an den Vorsitzenden des Sportausschusses sind inzwischen als Information 10/720 verteilt worden.)

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Ministerialrat Dr. Planken (MWF) erkennt die Notwendigkeit der Stelle für eine Diplombibliothekarin an, die aber dennoch im Haushaltsplanentwurf keine Berücksichtigung gefunden habe. Die Sporthochschule habe im Rahmen der Haushaltsverhandlungen eine freie Lohnempfängerstelle angeboten, die vielleicht hätte aufgestockt werden können. Aber auch diese Stelle stehe nicht mehr im Haushaltsplanentwurf, sondern sei inzwischen im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen kassiert worden.

Abg. Dorn (F.D.P.) führt aus, da sich nach seiner Erinnerung alle drei Fraktionen im Sportausschuß für die Schaffung dieser Bibliothekarstelle ausgesprochen hätten, schlage er vor, der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zu ihrer morgigen Sitzung, in der der Einzelplan 05 behandelt werde, den Brief der Deutschen Sporthochschule zuzuleiten. Wenn zudem der Sportausschuß heute zu einem positiven Beschluß in dieser Frage käme, würde sich dem möglicherweise auch die Stellenplankommission anschließen.

Er habe Verständnis für die Drohung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Globalförderung einzustellen; denn wenn eine solche Stelle nicht im Haushaltsplan berücksichtigt werde, könne man daraus auf zu geringes Interesse des Landes an diesem Vorhaben schließen. Insofern liege es sogar auch aus finanziellen Gründen im Interesse des Landes, diese Stelle einzurichten. Da die ursprünglich angebotene freie Stelle zwischenzeitlich kassiert worden sei, müsse hierfür eine neue Stelle geschaffen werden.

Der Sportausschuß bittet daraufhin die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig, im Haushaltsplan 1987 zusätzlich eine Diplombibliothekarin für die Zentralbibliothek der Deutschen Sporthochschule auszuweisen.

#### B. Etatpositionen aus dem Geschäftsbereich des Kultusministeriums

Zu Position I.4 des Landessportplans - Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Freiwilligen Schülersportgemeinschaften der öffentlichen Schulen und Ersatzschulen - weist Abg. Kuckart (CDU) darauf hin, daß deren Zahl bei unverändertem Mittelansatz beträchtlich zunehme. Er fragt, auf welche Weise die Mittel verteilt würden.

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Zumindest der Kreissportbund Ennepe-Ruhr habe Schwierigkeiten, in den Grundschulen solche Schülersportgemeinschaften zu gründen, weil es den Rektoren angeblich untersagt sei, die Mitarbeiter des Kreissportbundes in die Schulen zu lassen. Er fragt nach der Richtigkeit dieser Aussagen.

Ministerialdirigent Eulerling (Kultusministerium) bestätigt, daß die Zahl der Freiwilligen Schülersportgemeinschaften zunehme. Dieses Instrument habe sich in den vergangenen Jahren als Zwischenstück zwischen Schule und Verein bewährt. Es entspreche der Differenzierung in immer mehr Sportarten und sei auch für das Landessportfest ausgesprochen hilfreich.

Ein Teil dieser Mittel, nämlich 900 000 DM, würden für leistungsorientierte Schülersportgemeinschaften zur Verfügung gestellt, die man als "Talentsuchegruppen" bezeichnen könnte. Diese Mittel würden auf Sonderantrag der Ausschüsse für den Schulsport in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten von einem Ausschuß "Talentsuche und Talentförderung" vergeben.

Daneben habe man einen komplizierten Schlüssel für alle Ausschüsse für den Schulsport in den Kreisen und kreisfreien Städten entwickelt, nach dem die Mittel den einzelnen Ausschüssen für den Schulsport zur Verfügung gestellt würden, die dann im Rahmen der ihnen global zugewiesenen Mittel vor Ort über die Prioritäten bei der Bezuschussung zu entscheiden hätten.

Wie in vielen anderen Bereichen, so wüchsen auch hier die Aktivitäten schneller als die Mittel für die Bezuschussung. Allerdings seien Bildung und Betreuung von Freiwilligen Schülersportgemeinschaften nicht nur an Zuschußmittel gebunden; die Schülersportgemeinschaften könnten auch von Schülern selbst, von Lehrern oder Übungsleitern kostenlos betreut werden.

Sie könnten in allen Schulstufen und Schulformen, also auch an der Grundschule, gebildet werden. Prinzipielle Einschränkungen für den Grundschulbereich gebe es nicht. Eine Erklärung für ein zurückhaltendes Verhalten von Schulleitern könne die Tatsache sein, daß es in den 70er Jahren eine Einschränkung für die Grundschulen gegeben habe, weil die Freiwilligen Schülersportgemeinschaften in ihrer ursprünglichen Zielsetzung im Rahmen der Schülermitverwaltung von Schülern selbst gesteuert worden seien. Inzwischen könnten aber auch in der Grundschule solche Gruppen eingerichtet werden, wobei selbstverständlich die Steuerungspersonen aus verantwortlichen Altersklassen kommen müßten.

Abg. Kuckart (CDU) teilt mit, daß nach Auskunft verschiedener Kreissportbünde die Ausschüsse für den Schulsport mit der Durchführung des Programms "Talentsuche und Talentförderung" überfordert seien. Es werde gefragt, warum die Durchführung dieses Pro-

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

gramms nicht den Kreissportbünden übertragen werde, die mit ihrem Fachpersonal dazu wesentlich besser geeignet wären.

Unter Hinweis auf die rückläufige Zahl von Jugendlichen und die daraus für die Sportvereine resultierenden Schwierigkeiten, genügend Jugendliche für die Aufrechterhaltung ihres Sportbetriebs zu bekommen, gibt er zu bedenken, ob nicht gerade der Mittelansatz für diese Position verstärkt werden müßte. Auf diese Weise könnte man erreichen, daß die Jugendlichen schon frühzeitig in Kontakt zu Sportvereinen kämen und sich sportlich betätigten.

MDgt Eulerling (KM) räumt ein, daß es in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Programm "Talentsuche und Talentförderung" aufgrund gewachsener Strukturen gewisse Probleme zwischen den Ausschüssen für den Schulsport und den Kreissportämtern gegeben habe, die dies als Teile der von ihnen hauptamtlich zu leistenden Aufgaben angesehen hätten. Daß sich aber auch Kreissportbünde in diesem Bereich betätigen wollten, sei für ihn neu, und er sehe bei den Kreissportbünden gar keine Verwaltungskapazität dafür. Sie seien - wie man es zur Zeit bei der Ausdehnung des Breiten-sportprogramms erlebe - schon mit ihren eigentlichen Aufgaben total überfordert, weil die Stadt- und Kreissportbünde innerhalb der Sportorganisation bisher die am meisten vernachlässigte Ebene darstellten: Dort gebe es am wenigsten Hauptamtlichkeit, am wenigsten Finanzmittel, am wenigsten Unterstützung - und gerade diese Ebene sei in Zukunft die wichtigste Entwicklungsschiene für den Sport im Land. Insofern liefe ein Übertragen von Schulsportaufgaben auf die Kreissportbünde der gegenwärtigen Tendenz im Sport völlig zuwider; dies wäre seines Erachtens ein falscher Weg.

Im Zuge der Funktionalreform habe man es immerhin durchsetzen können, daß in jedem Schulamt einem Schulrat bzw. Schulamtsdirektor die Leitung dieses Ausschusses als eine seiner hauptamtlichen Aufgaben zugewiesen werde. Seiner Meinung nach könnten die Aufgaben hier ganz gut bewältigt werden.

Schwieriger sei es mit dem neuen Programm "Talentsuche und Talentförderung", durch das auf den Sport große Aufgaben auch hauptamtlicher Art zukämen. Hier aber stelle flankierend der Landessportbund Stützpunktleitern Mittel zur Verfügung, um organisatorische Arbeiten im Rahmen von Talentsuche und Talentförderung zu bewältigen.

Auf der Landesebene habe man dafür eineinhalb Lehrerstellen schaffen können, und zur Zeit würden Überlegungen angestellt, wie man in jedem Regierungsbezirk eine hauptamtliche Lehrerstelle für diese Aufgaben zur Verfügung stellen könne.

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Es gehe hierbei um eine sehr wichtige Aufgabe, und man könnte sowohl dem Leistungssport als auch der Schule und dem Verein wirklich helfen, wenn die Verwaltungskapazität in Zukunft noch erheblich verstärkt werden könnte.

Die Frage, wie man angesichts der Bevölkerungsentwicklung den Nachwuchs für die Sportvereine sichern könne, sei in der vorigen Woche in einem Spitzengespräch zwischen Kultusminister Schwier, Staatssekretär Dr. Besch und dem Präsidium des Landessportbundes ausführlich erörtert worden.

Noch für diese Woche sei ein Gespräch mit der Sportjugend vereinbart worden; dabei solle überlegt werden, wie man neben der schon relativ gut funktionierenden Brücke zwischen Schule und Verein im Bereich des Leistungssports - in der Schule, im Schulsportfest und im Landessportfest der Schulen sich zeigende Talente fänden schon in großer Zahl den Weg in die Vereine - eine solche Brücke auch für den Breitensport bauen könne. Ein Problem, das nicht von der Regierung aus gelöst werden könne, sei dabei allerdings, daß die Vereine auch an sportmotorisch nicht so begabten Jugendlichen interessiert sein müßten, die nicht für die Wettkampfmannschaften in Betracht kämen.

Man hoffe, auch mit Hilfe einer Expertise, die an der Hochschule in Paderborn in Auftrag gegeben worden sei, zu neueren Erkenntnissen zu kommen und dann im nächsten halben Jahr einiges über dieses neue Programm berichten zu können.

Abg. Kuckart (CDU) fragt an dieser Stelle nach der Richtigkeit einer Meldung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", daß der Kultusminister den Zuschuß von 50 000 DM für das Teilzeitinternat in Wattenscheid streichen wolle und damit dieses Modellvorhaben gescheitert sei.

MDgt Eulerling (KM) stellt klar, daß diese Fragen zur Zeit erörtert würden, eine endgültige Entscheidung aber noch nicht gefallen sei. Als das Teilzeitinternat in Bochum/Wattenscheid gegründet worden sei, habe man gewisse Laufzeiten für die Zuschüsse des Landes vereinbart. Diese Laufzeit ende mit dem Ablauf dieses Jahres.

Zwischenzeitlich seien die bekannten Finanzprobleme bei den Städten des Ruhrgebiets aufgetreten, so daß die ursprünglichen Vereinbarungen über das Auslaufen der Zuschußverpflichtungen neu überdacht werden müßten. Der Kultusminister werde alles tun, damit dieses Vorhaben erfolgreich weiterarbeiten könne.

Die Mittel hierfür seien auch bisher aus dem Fonds für Leistungszentren und Leistungsstützpunkte genommen worden. Im Rahmen dieser Mittel könnte man eine Bezuschussung im nächsten Jahr wahr-

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

scheinlich noch aufrechterhalten. Vorher aber sollten die sportpolitischen und auch sonstigen vertraglichen Vereinbarungen geklärt werden.

Zu Position III.1 - Zuweisungen an Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten - bezieht sich Abg. Kuckart (CDU) auf eine dem Haushalts- und Finanzausschuß zugeleitete Aufstellung des Finanzministers. Daraus gehe hervor, daß von den für 1985 veranschlagten 32 Millionen DM nur 18 Millionen DM ausgegeben worden seien. Er fragt nach den Ursachen für diese aus seiner Sicht sehr erstaunliche Tatsache.

Ferner sei zu hören, daß die Regierungspräsidenten bei der Bewilligung von Mitteln für Sportstätten nach wie vor von den starren Richtlinien ausgingen, die entsprechend dem "Goldenen Plan" 4 qm pro Einwohner zugrunde legten. Demgegenüber habe der Sportausschuß auf dem Standpunkt gestanden, daß die speziellen kommunalen Bedürfnisse Richtschnur für derartige Entscheidungen sein sollten. Er halte es nicht für angemessen, Städten, die solche speziellen Bedürfnisse anmeldeten, unter Hinweis auf diese alten Richtlinien keine weiteren Mittel mehr zu gewähren.

Wenn es im übrigen zutreffe, daß es immer noch Schulen gebe, deren Turn- und Sporthallen während der Ferienzeiten wegen der Ferien des Hausmeisters geschlossen würden, dann sollte man nachdrücklich auf Abhilfe drängen. Die Turn- und Sporthallen sollten auch während der Ferienzeiten für den Freizeit- und Breitensport zur Verfügung stehen.

In Beantwortung der ersten Frage macht MDgt Eulerling (KM) deutlich, daß alle Mittel, die zur Verfügung gestellt worden seien, vom Landtag auch bewilligt worden seien. Die den Abgeordneten zugeleitete Liste zeige nur die Spannung zwischen den zwar bewilligten, aber nicht abgeflossenen Mitteln. Die Problematik der Haushaltsreste ergebe sich aus dem Mittelabfluß, nicht aus der Bewilligung.

Das Antragsvolumen sei größer gewesen als die Mittel, die man habe bewilligen können. Unter anderem wegen des Baufortschritts hätten jedoch nicht alle bewilligten Mittel abfließen können, so daß sie in den Rest gegangen seien, und die Reste des letzten Jahres seien mit rund 17 Millionen DM anzugeben.

Er weist darauf hin, daß der Mittelabfluß aus einer Fülle von Gründen heraus im Laufe eines Haushaltsjahres nur schwer zu steuern sei. Man bekomme keine einzige Sporthalle im Laufe eines Haushaltsjahres fertiggestellt, müsse aber nach der Landeshaushaltsordnung eine Maßnahme völlig durchfinanziert und bewilligt haben, ehe die Mittel abfließen könnten. Die Regierungspräsidenten seien gehalten, Reste nach Möglichkeit durch Umwandlung in

Sportausschuß  
15. Sitzung

10.11.1986  
the-mm

Verpflichtungsermächtigungen zu verhindern; da jedoch auch die Summe der Verpflichtungsermächtigungen begrenzt sei, hätten sich Reste in der genannten Höhe ergeben.

Auf entsprechende Hinweise von Abg. Dorn (F.D.P.) und Abg. Winkels (SPD) fügt MDgt Eulerling (KM) hinzu, der Finanzminister habe diese Reste im wesentlichen nicht kassiert, sondern 15,2 Millionen DM davon freigegeben, die in diesem Jahr wieder für den Sportstättenbau zur Verfügung stünden.

Nach Einschätzung von Abg. Winkels (SPD) hängt die Restebildung im wesentlichen damit zusammen, daß die Mittel zu spät freigegeben würden. Die frühe Verabschiedung des Haushalts 1987 sollte zum Anlaß genommen werden, den Finanzminister zu einer früheren Freigabe zu drängen; dann nämlich könnten die Mittel - zumindest zu einem großen Teil - auch innerhalb eines Jahres abfließen.

Unter Hinweis auf die entsprechenden Richtlinien, nach denen die Zuschüsse für den Bau von Tennisplätzen mit 17 000 DM festgelegt seien, berichtet Abg. Watzke (CDU), daß vom Regierungspräsidenten Arnsberg neuerdings in mehreren nachweisbaren Fällen wie folgt verfahren worden sei: Den Vereinen werde mitgeteilt, daß 17 000 DM nicht zur Verfügung stünden, daß sie aber den Bewilligungsbescheid sofort erhalten könnten, wenn sie mit 10 000 DM zufrieden wären. Die Vereine seien dann auf dieses Angebot eingegangen, weil ihnen ein geringerer Betrag immer noch lieber gewesen sei als überhaupt kein Zuschuß.

Er bittet darum, auf ein möglichst baldiges Ende einer derart unseriösen Sportförderung hinzuwirken.

MDgt Eulerling (KM) geht zunächst auf die weitere Frage von Abg. Kuckart (CDU) bezüglich der Bedarfsfeststellung nach dem "Goldenen Plan" ein. Der "Goldene Plan" sei für Nordrhein-Westfalen nicht mehr Richtschnur für die Bedarfsfeststellung. Dies sei in den Richtlinien des Landes zur Förderung des Sportstättenbaus festgeschrieben. Der "Goldene Plan" aber habe eine solche Eigendynamik entwickelt, daß er auch heute immer noch als Norm für den Sportstättenbau gelte. Hinzu komme, daß der vom DSB angekündigte zweite "Goldene Plan" bis heute nicht einmal in Konturen erkennbar sei.

Das habe zur Folge, daß die Regierungspräsidenten als die Entscheidungsträger angesichts eines Bedarfs von über 200 Millionen DM und einer vergleichsweise geringen Zuschußsumme ununterbrochen Prioritäten setzen müßten. Daß man dann hin und wieder versucht sei, noch die Meßlatte des alten "Goldenen Plans" anzulegen, sei zwar verständlich, entspreche aber nicht mehr dem Bedarf.